

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark im voraus gebühren. Unter Streifenband im Da- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Zur „Vorwärts“ mit den Kulturwissenschaften, Sonntag, 10. und 17. Januar, 1928. Unter Streifenband im Da- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompromißpolitik des Reichstages... (Text continues with details about the Reichstag's actions regarding the Simultanschule and religious education).

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vorwärtskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 9

Gesler will gehen.

Er hat sein Rücktrittsgesuch beim Reichspräsidenten eingereicht.

Der Reichswehrminister Dr. Gesler hat, wie zu melden weiß, dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht.

Der Reichswehrminister Dr. Gesler ist, das müssen auch seine Gegner ihm nachsagen, nie ein „Kleber“ gewesen. Er hat schon in früheren Jahren oft seinem Wunsche nach einer weniger verantwortungsbeladenen Tätigkeit in einer Weise Ausdruck gegeben, daß an seiner Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln war. Später traten schwere Schicksalsschläge in der Familie und eigene Krankheit dazu, um jenen Wunsch zu verstärken. Es mag sein, daß Gesler jetzt — nach Liquidierung der Phoebus-Angelegenheit — den Zeitpunkt gekommen sieht, seine lange gehegte Absicht des Rücktritts zu verwirklichen. Sein Abschiedsgesuch kommt der Regierung aber in diesem Augenblick ebenso unwillkommen, wie in früheren, in denen es beinahe auch schon soweit gewesen war. Denn für die Erbschaft, die Herr Gesler hinterläßt, ist nicht so leicht ein Erbe zu finden. Kein Wunder also, daß man, wie zu melden, „an maßgebender Stelle auf dem Standpunkt steht, daß die zweckmäßigste Lösung ein Erholungsurlaub für Dr. Gesler wäre, um ihn Instandzusetzen, nach Kräftigung seiner Gesundheit eine endgültige Entscheidung in Ermägung zu ziehen. Man ist der Meinung, daß ein Rücktritt Dr. Geslers schon mit Rücksicht auf die rechtzeitige Erledigung des Etats und vor der Entscheidung über den Wahltermin nicht wünschenswert ist.“

Mit anderen Worten: Ein jetzt zu ernennender Reichswehrminister wäre doch nur ein Pflasterhalter für den Mann, der nach den nächsten Wahlen kommen wird.

Unter der Zentrumsfuchtel.

Die Deutsche Volkspartei im Ruffchen.

Wer auf die schiefe Ebene tritt, rutscht ab. Die Volkspartei, die in der Frage der Schulaufsicht kein Beigegeben hat, sucht krampfhaft Halt an der Frage der Simultanschule zu fassen. Also erklärt die „Tägliche Rundschau“:

„Wie schon gestern betont, ist in der Frage der Simultanschule keine Annäherung erzielt worden. Es sind auch vorläufig interfraktionelle Verhandlungen nicht in Aussicht genommen. Die Verhandlungen werden im Bildungsausschuß weitergehen und man wird abwarten müssen, ob im Verlaufe der Beratungen bei den § 20, der die Bestimmungen über die Simultanschule enthält, entweder eine Lücke entsteht oder die Anträge der Deutschen Volkspartei auf Aufrechterhaltung der Simultanschule außerhalb der Koalition eine Mehrheit finden.“

Beste Hoffnung der Gleitenden! Aber das Zentrum wird ihnen nicht gestatten, sich dem steten Druck zu entziehen. Die „Germania“ entduscht die letzte Hoffnung:

„Es ist für das Zentrum ganz untragbar, auf eine Sicherung der Simultanschule unter dauerndem Ausschluß der konfessionellen Schule einzugehen. Wir verhehlen uns gar nicht, daß gerade wegen dieses Punktes die Lage ernst ist und leicht zu politischen Verwicklungen führen kann. Wir erwarten deshalb, daß eine befriedigende Klärung vor der zweiten Lesung gesucht wird und auch zustande kommt. Unentzählige Beschlüssen durch eine unhomogene Mehrheit würde sich das Zentrum nicht ausfechten können.“

Das Zentrum will weder einen Druck ausüben, noch das Gesetz durch Drohungen erzwingen. Es will nichts anderes, als daß seine klare, kulturpolitische Linie nicht abgelenkt und durchbrochen wird.“

Die Volkspartei soll auch beim Paragraphen 20 ihre kulturpolitische Linie abbiegen und durchbrechen — auf Befehl und unter Drohung des Zentrums. Nicht Kompromiß, sondern Diktat wird dies Schulgesetz für die Volkspartei.

Es ist kein Halt mehr, und am Ende steht — die Abrechnung in der Wahl.

Während die „Germania“ einen Jubelhymnus darüber anstimmte, daß es durch die Einführung des Dekanatsystems gelungen sei, die „volle Einsichtnahme“ der Kirche in den Religionsunterricht „zu gewährleisten und zu sichern“ (die Unterschrift des Zentrums fehle nur deshalb unter dem Kompromiß, weil man den Ortsgeistlichen kein Mißtrauensvotum aussprechen wollte), läßt sich der Obermacher der Volkspartei, Geh. Rat Dr. Kunze in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ folgendermaßen vernehmen:

Somit unterscheidet sich das Einsichtsrecht nach Form und Umfang ganz wesentlich von dem früheren Verfügungsrecht der Religionsgesellschaften. Es bedeutet einen zeitgemäßen Fortschritt in Anerkennung der Selbstständigkeit von Staat, Schule und Lehrer. Der Kompromiß ist also ein starker Fortschritt freierwilliger Schulentwicklung.

Jetzt weiß man, was die nationalliberalen Kulturpolitiker unter Fortschritt und Freiheit verstehen!

Gegen Bürgerblock und Schulreaktion.

Genosse Heinrich Schulz gegen das Schulkompromiß.

Der Bildungsausschuß des Reichstages lehte heute die Beratung des Reichsschulgesetzes beim § 16 (Einsichtnahme in den Religionsunterricht) fort.

Abg. Dr. Kunze (D. Sp.) trat für den Kompromißantrag der Regierungsparteien ein. Da nun einmal der § 16 existiere, müsse für ihn eine annehmbare Lösung gefunden werden. Es sei grotesk, daß die Parteien heute aus Artikel 144 der Reichsverfassung nicht die Konsequenzen ziehen wollten, obwohl gerade dieser Artikel geschaffen hätte, nämlich die Sozialdemokraten und Demokraten. Wertvoll sei es, daß die Regierungsparteien sich dazu entschlossen hätten, durch Streichung des Satzes 1, wonach der Staat bei Bestellung seiner Beauftragten für die Einsichtnahme in den Religionsunterricht an Vorschläge der Religionsgesellschaften gebunden sein sollte, die absolute Staatshoheit über die Schule zu sichern. Infolgedessen habe der zweite Satz eine neue Formulierung erhalten müssen.

Zweifelloso liege ein gewisses kirchliches Delegationsrecht vor, das aber durch die neue Fassung begrenzt worden sei.

Von einer Gewährleistung des bayerischen Konkordats durch den beantragten § 16a könne keine Rede sein. Man habe durch diese Fassung nur die besonderen Zustände, z. B. in Schleswig-Holstein, Thüringen, Oldenburg, Württemberg usw., sichern wollen. Der Antrag habe das Nebeneinander von Schule und Kirche erhalten und ein Gegeneinander vermeiden sollen.

Sozialdemokratische Abänderungsanträge.

Inzwischen sind eine Reihe von Abänderungsanträgen eingegangen. Die Sozialdemokraten wollen den Religionsgesellschaften nicht, wie der Kompromißantrag, das Recht der Einsichtnahme geben, sondern nur das Recht der „gelegentlichen“ Einsichtnahme. Ferner soll die Schulaufsichtsbehörde davon so zeitig benachrichtigt werden, daß sie die Möglichkeit hat, an der Einsichtnahme

Herriot bleibt bei Poincaré.

60 Radikale fallen um. — Eine verächtliche Abstimmung.

Paris, 13. Januar.

Die Zahl der Abgeordneten, die bei der ersten Vertrauensabstimmung gegen die Regierung gestimmt haben, war gestern mit 227 angegeben. Heute wird sie im „Journal officiel“ mit 167 angegeben. Das erklärt sich aus der Tatsache, daß Unterrichtsminister Herriot mit der Haltung seiner Partei unzufrieden gewesen ist. In den Wandelgängen der Kammer kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Radikalen, in deren Verlauf eine größere Anzahl von ihnen erklärte, daß sie nichts hätten unternehmen wollen, was auch nur den Anschein hätte erwecken können, daß sie gegen Herriot seien. Sie hätten deshalb ihre Abstimmung zurückgezogen. „Havas“ erklärt: Herriot hat keinen Grund mehr anzunehmen, daß ihn die Mehrheit seiner politischen Freunde desavouiert; die Möglichkeit seiner Demission, von der einen Augenblick gesprochen worden ist, braucht nun nicht mehr ins Auge gefaßt zu werden.

Die ebenfalls berichtigten Zahlen für die zweite Resolution (Verschiebung des Strafantrittes bis zum Kammereschluß) sind folgende: Zahl der Abstimmenden 472. Es stimmten gegen die Resolution 296, dafür 176 Abgeordnete. Die Minderheit setzte sich zusammen aus 27 Kommunisten, 92 Sozialisten, 18 Sozialrepublikanern, 33 Radikalen, 2 Mitgliedern der radikalen Linken und 4 Parteiloosen. 52 Abgeordnete haben an der Abstimmung nicht teilgenommen, darunter 48 Radikale, 3 Sozialrepublikaner und 1 Sozialist. 18 Abgeordnete waren entschuldigt abwesend. Sämtliche anderen haben für die Regierung gestimmt, darunter 47 Radikale.

Ein 10-Milliarden-Flottenprogramm.

Amerikas zwanzigjähriges Bauprogramm — wenn es zu seiner Einigung mit England kommt.

Washington, 13. Januar.

Der Staatssekretär der Marine Willbur M. Wood hat vor dem Flottenausschuß des Repräsentantenhauses die Kosten des geplanten zwanzigjährigen Schiffsbauprogramms auf 129 Millionen Dollar jährlich. Die Gesamtsumme werde etwas über 2 500 000 000 Dollar betragen.

London interessiert, aber ruhig.

London, 13. Januar.

Auf englischer Seite verfolgt man die gegenwärtigen Verhandlungen im Rarinoauschuß des Repräsentantenhauses über den Ausbau der amerikanischen Flotte mit großem Interesse, legt sich aber bei der Stellungnahme noch Zurückhaltung auf. Es wird darauf verwiesen, daß im Augenblick noch nicht feststehe, ob der von Wood in Aussicht genommene Ausbau der Flotte bei den entscheidenden Körperschaften Zustimmung finden werde.

Darf ein Katholik Präsident werden?

Demokratische Wahlvorbereitungen. — Papst vermindert Smith's Aussichten.

Washington, 12. Januar.

Die demokratische Parteileitung veranstaltete hier heute das traditionelle Jackson-Day-Bankett in der ausgesprochenen Absicht, eine Wiederholung der Differenzen von 1924 möglichst zu

verhindern und sich schon jetzt auf einen Präsidentschaftskandidaten zu einigen. Als Tagungsorte für den Parteitag kommen hauptsächlich die Städte Detroit und Cleveland in Betracht, obwohl San Francisco 250 000 Dollar Beitrag zur demokratischen Parteikasse angeboten hat, falls der Parteitag dort stattfinden sollte. Gouverneur Smith New York, der bemerkenswerterweise nicht zum Bankett nach Washington kommt, gilt bis jetzt als aussichtsreichster Kandidat für die Präsidentschaft, da ihm angeblich die Staaten New York, Westvirginia, Minnesota, Illinois, Wisconsin, Washington und Kalifornien sicher sind. Andererseits erregen sein Eintreten gegen die Prohibition und seine Zugehörigkeit zum Katholizismus Zweifel, ob der vorwiegend protestantische und einer Abänderung des Prohibitionsgesetzes abgeneigte Süden seine Kandidatur billigen wird. Große Bestürzung erregte hier die heute, gerade einen Tag vor dem Jackson-Day-Bankett, veröffentlichte Enzyklika des Papstes, die sich scharf gegen Konzessionen an andere Bekenntnisse wendet. Man fürchtet, daß diese Botschaft unter der nichtkatholischen Bevölkerung Amerikas erheblichen Unwillen erregen und zur Ablehnung des katholischen Gouverneurs Smith als Präsidenten der Vereinigten Staaten führen wird.

Deutschland und Polen.

Kaufher als „unverbesserlicher Optimist.“

Warschau, 12. Januar.

Der hiesige deutsche Gesandte Kaufher erteilte der polnischen Regierung nachstehenden Zeitung „Czypa“ ein Interview, in dem er sich über sein Eindrücke von der Rede Jaleski über die deutsch-polnischen Beziehungen äußerte. Der Gesandte erklärte, daß die deutsche Regierung ebenso wie Außenminister Jaleski die Hoffnung hege, daß die Angelegenheiten, in denen die Zusammenarbeit auf dem internationalen Grund und Boden in Genuß noch nicht fruchtbar gezeigt habe, wie die Danziger Fragen, allmählich sich klären würden. Es sei ein glücklicher Zufall, daß die ersten beiden Fragen, in denen beide Staaten zusammen zu arbeiten begonnen hätten, die polnische Friedens-Initiative und die Liquidierung des Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen gewesen seien. Er vertraue darauf, daß alle Differenzen in der Frage Polen-Danzig völlig vom Horizont verschwinden würden. Was ihn selbst betreffe, so sei er ein unverbesserlicher Optimist, und wünsche und hoffe, daß, wenn irgendwelche Gegensätze in den Forderungen zutage treten sollten, dennoch sich allmählich eine Einigung finden ließe.

Achtstundentag in der Schwerindustrie.

Der Reichsarbeitsminister „klärt.“

Essen, 13. Januar.

Der Reichsarbeitsminister Brauns und die Herren des Ministeriums sowie der Schlichter Dr. Joetten sind heute um 9 Uhr mit den Herren des Arbeitgeberverbandes zur Klärung der schwebenden Streitfragen in der Großhüttenindustrie zusammengetreten. Um 11 Uhr begann die gemeinsame Sitzung mit den Arbeitern. Man hofft, die Verhandlungen ohne Zwischenpause in den frühen Nachmittagsstunden beenden zu können.

teilzunehmen. Ferner beantragen die Sozialdemokraten: „Die Entscheidung erstreckt sich lediglich auf den Lehrinhalt. Von jeder Beanstandung bei der zuständigen Aufsichtsbehörde ist dem betreffenden Lehrer Kenntnis und Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

Die im § 16a des Kompromissantrages vorgesehene Aufsichtserhaltung der Landesgesetzgebung über das Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften wollen die Sozialdemokraten ganz freilegen.

Im § 14, der die allgemeinen Regeln für den Religionsunterricht in den Volksschulen aufstellt, wollen die Sozialdemokraten nicht, daß die Bestimmungen über Lehrplan, Lehr- und Lehrbücher im Einvernehmen mit den Religionsgesellschaften erlassen werden, sondern nur „nach Benehmen“ mit den Religionsgesellschaften (wie es ein Antrag der Volkspartei auch will).

Eine Einwirkung auf die Zahl der Religionsstunden wollen sie den Religionsgesellschaften ganz nehmen.

In einem anderen Antrage verlangen die Sozialdemokraten, daß der Religionsunterricht nur von solchen Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft erteilt werden darf, die nach Landesrecht die Befähigung zum Unterricht in öffentlichen Schulen haben. Ferner fordern sie die Erteilung von Lehrplänen und Lehrbüchern im Unterricht, wenn die Eltern von durchschnittlich mindestens zwölf Kindern ihn verlangen. Bei der Festlegung des Lehrplans der Schulbücher und der Zahl der Lehrstunden sollen weltliche Schulvereinigungen dasselbe Mitwirkungsrecht haben wie die Religionsgesellschaften.

Heinrich Schulz (Soz.):

Von dem, was Abg. Runkel will, wird in der späteren Praxis nicht viel übrig bleiben. Das Schulkompromiß, das das Zentrum vorsichtigerweise nicht mitunterzeichnet hat, hat mit Kulturphilosophie nichts zu tun. Die kulturpolitische Fügung, die Abg. Schreiber gestern entrollt hat, soll lediglich machtpolitische Kontorhande decken. Gewiß sind auch die Weimarer Verfassungsbestimmungen über die Schule auf ein politisches Kompromiß zurückzuführen, aber der damalige politische Pakt fand seine Rechtfertigung darin, daß er zur Aufrechterhaltung der Reichssouveränität und zum Zustandekommen der Verfassung notwendig war. Außerdem stand dahinter eine zuverlässige parlamentarische Mehrheit in der Nationalversammlung. Der Bürokratie von heute dagegen hat in Wirklichkeit keine Mehrheit im Volke mehr, er ist brüchig, seine Uhr ist abgelaufen. Trotzdem wagt er noch kurz vor seinem Zusammenbruch ein solches einseitiges Reichsschulgesetz zu machen.

Nach der Verfassung haben die Regierungsparteien kein Recht, den Religionsunterricht im Rahmen eines Reichsschulgesetzes zu regeln.

Ein solches wird nur in Art. 146 verlangt. Im Art. 149 über den Religionsunterricht ist nur von der „Schulgesetzgebung“ die Rede. Man hat 1919 in Weimar diese schwierigen Fragen wohlweislich der landesrechtlichen Regelung überlassen wollen. Die heutigen Mehrheitsparteien neigen aber noch schnell die Konjunktur aus, um unhaltbare Reichsbestimmungen über den Religionsunterricht zu schaffen. Von der Kontrolle des Religionsunterrichts durch Geistliche in der Schule hat 1919 in Weimar die andere Kompromißpartei nicht einmal gesprochen, geschweige sie zu fordern gewagt. Gegenüber Dr. Runkels Behauptung, die neue Kompromißbestimmung sei keine Wiederaufhebung der geistlichen Schulaufsicht, führt Schulz aus, daß man bei dieser Wiederaufhebung nicht an das Formelle und Technische zu denken brauche,

um so mehr aber an die durch den Kompromißantrag neu geschaffte tatsächliche Abhängigkeit der Schule von der Kirche, und die Bevormundung des Lehrers durch den Geistlichen.

Seit Jahrhunderten kämpft die Lehrerschaft gegen die äußerste kirchliche Bevormundung. Die Schule ist kein Anhängel der Kirche mehr. Die Kirche ist auch nicht die Mutter der Volksschule, wie oft behauptet wird. Aber selbst, wenn sie es gewesen wäre, so sollte sie endlich, wie vernünftige Eltern, zu der Erkenntnis kommen, daß die Schule längst mündig geworden ist und sich auf eine eigene Wissenschaft der Pädagogik stützt, das Gängelband der Kirche ist für sie deshalb nicht mehr zu tragen. Die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts kann nur Sache der allgemeinen Schulaufsicht sein und damit verfassungsmäßig Sache des Staats und nicht der Kirche. Wenn das nicht paßt, soll der sozialdemokratischen Forderung gemäß den Religionsunterricht aus dem Lehrplan der Schule herausnehmen und der privaten Regelung durch Eltern und Religionsgesellschaften überlassen. Die

Räume der Schulen nebst Heizung und Beleuchtung können dafür gern zur Verfügung gestellt werden, aber das öffentliche Schulwesen trägt keine Verantwortung mehr für den Religionsunterricht und die Geistlichen dürfen weder mit der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts betraut werden, noch dürfen sie bei der Eingliederung des Religionsunterrichts in den Lehrplan und ähnlichen technischen Schulangelegenheiten beschäftigt werden.

Das führt unweigerlich zu Uebertreibungen der Kirche und zu allen möglichen Einmischungen in Schultagen.

Im übrigen mögen die Regierungsparteien den Schein ihrer Macht noch ausnützen. Die Folgen werden andere sein, als sie erwarten. Befehle werden heute bei den wechselnden Mehrheitsverhältnissen und Regierungskombinationen nicht mehr in allen Fällen auf lange Dauer gemacht, wie die kurze Geschichte der Republik und auch ihre bisherige Schulgesetzgebung bereits gezeigt hat. Andere Mehrheitsverhältnisse werden zur gegebenen Zeit schon die notwendigen Korrekturen vornehmen und wenn bis dahin Eltern und Lehrer der verlässlichen Volksschule in wachsendem Maße den Rücken Lehren sollten, so braucht die Sozialdemokratie einen solchen Verlauf der Dinge schließlich nicht zu beklagen.

Frau Bäumer (Dem.): Wir sind dagegen, daß der Artikel 149 der Reichsverfassung mit geregelt wird, denn dieser Artikel will mit großen Bestimmungen in die tieferen inneren Angelegenheiten der Religion eingreifen.

Der Vertreter Sachsens: Die vorgeschlagene Regelung, die als Einschränkung von den Antragstellern bezeichnet wird, ist ein Bestandteil der Aufsicht. Sie verstoßt deshalb gegen die Reichsverfassung, die das absolute Aufsichtsrecht dem Staat überträgt.

Mandate! Mandate!

Die Sorgen der SPD-Zentrale.

Die Leute von der „Roten Fahne“ zerbrechen sich täglich die Köpfe über sozialdemokratische Kandidaturen zur nächsten Reichstagswahl. Warum — das wird klar, wenn man die folgenden Ausführungen des Reichsorgans der kommunistischen Opposition liest:

„Jeder, der die heutigen Mäher des 3. R. der SPD. kennt, wird vergnügt lachen, wenn er liest, daß die „Rote Fahne“ behauptet, in der SPD. sei die Bedeutung der Frage, welche Mitglieder im Parlament zu arbeiten haben, so gering, daß das 3. R. nicht die geringste Veranlassung habe, sich gegenwärtig mit irgendwelchen Kandidaturfragen zu befassen. Daß du die Note im Gesicht behältst!

Schon seit Monaten denkt keiner der jehigen Größen der Partei im Ernst an etwas anderes als an die Mandate,

ganz zu schweigen von den traurigen Gestalten im Reichstag und Landtag selbst und von den Rechten, die Tag und Nacht darüber grübeln, wie sie entweder Abgeordnete bleiben oder werden können. Das Sekretariat des 3. R. (Obersekretär: Ewert, Dietrich, Dengel) hat bereits vor mehreren Wochen eine Vorschlagsliste von Kandidaten für sichere Mandate ausgearbeitet. Die insgeheim den Bezirken zur Stellungnahme überhandt wurde. Diese Liste enthielt noch mehrere interessante Vorschläge, z. B. für Berlin Ewert (der seit Jahren noch einem Mandat gipert), Dietrich, Bied, Pfeiffer, für Halle neben Koenen den jehigen Sekretär Schröder, für Leipzig Georg Schumann, für Baden den tapferen Stöcker, für Chemnitz Schneller und Minister a. D. Hedert (nicht mehr den „verdächtigen“ Paul Berth), für Hamburg Thälmann — Walthar, für Schleswig-Holstein Paul Fröhlich usw. Die preußische Landtagsliste sieht eine 80prozentige Ausschiffung der jehigen 3. R. getreuen Abgeordneten und ihre Ersetzung durch Parteisekretäre und „Spezialisten“ vor.

Das Gerause ist in vollem Gange. Schon im Dezember wählten die SPD-Parlamentarier von dieser Liste.

Jeder Eingeweihte in der Partei weiß von dieser Liste, jeder Eingeweihte auch von der But der alten Rechten, die sich beleidigt fühlen, weil nach ihrer Meinung zuviel mit dem „Ludergeruch“ der Ruth-Fischer-Zentrale behafteten Thälmannisten und zu

wenig alte Brandlerianer in den Reichstag kommen sollen. Thälmann selbst ist bei diesen Intrigen in seinem Element! Eifrig schiebt und wispert er mit seiner engeren Clique. Eifrig ist er bemüht, überall seinen Leuten, deren nollende Unfähigkeit von den Rechten vollkommen richtig betont wird, Mandätschen zu verschaffen.

Im übrigen ist aber der Artikel der „Roten Fahne“ ein glattes Eingeständnis der Kandidatur Brandler.

Daher die Sorge um die sozialdemokratischen Mandate! Kleines Ablenkungsmanöver, um zu verdecken, daß sich die Zentralführung auf die Mandate stürzt wie die Geier auf die Beute? Ach nein, in ihrer Eier glauben die Herrschaften, sie müßten sich auch gleich noch unsere Köpfe mit zerbrechen.

„Ich lese keine Zeitung...“

Groteske im Dokumentenfälscherprozeß.

Die heutige Sitzung des Dokumentenfälscherprozesses begann mit einer Groteske. Schred weigerte sich, überhaupt noch auszusagen, da er in der Presse „unglaublich behandelt“ werde. Ermahnungen des Vorsitzenden: Jeder Staatsbürger unterliegt der öffentlichen Kritik. Viele Präzedenzen, die auf diesem Platz, auf dem ich hier sitze, gesehen haben, mühten sich noch ganz andere Sachen sagen lassen als Sie. Auseinandersetzungen über die Bedeutung der öffentlichen Meinung und der Presse möchte ich hier im Interesse der Unabhängigkeit des Gerichts und der Presse vermeiden. Ich für meine Person lese während einer solchen Verhandlung überhaupt keine Zeitung, was seinen Vorwurf gegen die Presse bedeutet. Ich bleibe in diesen Dingen ruhig und unabhängig und bewahre mir meinen Frieden. Sie stehen hier unter einer Anklage, die nicht ganz einfach ist. Sie müssen an der Feststellung des Sachverhalts mitwirken. Angeklagter Schred: Sie können mir nicht verdenken, daß ich nichts mehr sagen will und daß ich dabei bleibe. (Erregt und mit der Faust auf seine Aktien schlagend): Ich werde ganz unglaublich in der Presse heruntergemacht. Vorl.: Wenn Sie glauben, daß man Sie beleidigt hat, dann können Sie eventuell das betreffende Blatt wegen Beleidigung verklagen. Ein Angeklagter ist ja nicht vogelfrei. Schred betonte dann in der weiteren Verhandlung, daß alle Unterschriften unter sämtlichen Dokumenten ohne Ausnahme von ihm selbst stammten. Es folgte ein Kreuzverhör über einen gefälschten Brief, den Schred im Gefängnis unter dem Decknamen des großen Unbekannten Aker an eine Adresse gerichtet hat, die sich mit der polnischen Gesandtschaft deckt. Darin wurden 100 Mark für den Verteidiger verlangt.

Eine finstere Spekulation.

Der Faschismus jongliert mit deutsch-französischer Feindschaft

Rom, 13. Januar.

In einem Leitartikel des „Secolo“ wird Frankreich gegenüber der Beweis zu führen versucht, daß Italien Frankreich eine Reihe bedeutender Zugeständnisse machen könnte, wenn Frankreich sich dazu verstehen würde, Italien Konzessionen zu machen. So könnte, so heißt es in dem Artikel, Italien verhindern, daß der Völkerbund sich mit der Neuordnung der Mandatsfrage befasse, wodurch Deutschland verhindert würde, gleichfalls koloniale Forderungen an Frankreich zu stellen. Italien könnte sich ferner gegenüber Frankreich verpflichten, mit ihm zusammen den Anschluß und einen eventualen Zollverein zwischen Oesterreich und Deutschland zu verhindern. Wenn Frankreich ferner Italien die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer zugestehen würde, so würde Italien Frankreich die Vorherrschaft im westlichen Mittelmeer überlassen. Noch mehr könnte Italien Frankreich dadurch bieten, daß es die Garantie übernehme, daß französische Truppen im Kriegsfall unbehindert aus Nordafrika nach Frankreich gebracht werden könnten. Auch in der Frage der Sicherheit Frankreichs könnte Italien ganz anders als der Locarno-Pakt Frankreich Sicherheit gegen deutsche Gefahr bieten. Wenn aber Frankreich mit seiner jetzigen Realpolitik gegen Italien fortfahre, könnte Italien im Kriegsfall eine andere Haltung einnehmen wie 1914 und Frankreich zwingen, große Kräfte an der italienischen Alpenfront zu locken.

Der weise Richter.

Von Heinz Eisgruber.

Es war einmal ein Mann, dem es sehr schlecht ging. Er ließ aus einer Fabrik in die andere auf seiner Suche nach Arbeit und Brot. Aber überall wurde er abgewiesen. Als er eines Tages vor Hunger nicht mehr aushielte, ging er in einen Laden, in dem viele Leute standen, und stahl, obgleich sich sein Gemüt dagegen sträubte, eine Wurst, verbarg sie unter seinem Mantel und wollte nach Hause laufen. Aber während er die Wurst an seinen verhungerten Magen drückte und über die Türschwelle trat, nahm ihn ein Mann in Uniform beim Aragen und schleppte ihn vors Gericht.

Der Richter war ein kluger Mann und ein gerechter Mann. Ein kluger Mann: denn er kannte das Leben. Und ein gerechter Mann: er schätzte den Buchstaben des Gesetzes gering, hingegen über alles seinen Sinn und das Menschenrecht. Er prüfte den Fall genau, stellte fest, daß der Mann Hunger, aber nichts zu essen hatte, ließ ihm zu essen geben und ließ die Wurst dann das Urteil.

Und dieses Urteil lautete: dieser Mann hat ein Mitglied der menschlichen Gesellschaft bestohlen. Er hat es nicht getan, um sich unnötig zu bereichern, sondern weil er Hunger hatte und in Not war. Er hat sein allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zustehendes Recht auf Leben in Anspruch genommen. Er ist nicht strafbar, sondern hilflosbedürftig. Hingegen hat die menschliche Gesellschaft ihre Pflichten verletzt, indem ihrer Mitglieder dieses Recht auf Leben zu gewähren. Die Gesellschaft wird daher verurteilt, diesem Mann sofort menschenwürdigen Lebensunterhalt zu gewähren und ihm Arbeit und Verdienst zu verschaffen. Dem Wursthändler ist seine Wurst zurückzugeben. Das Urteil teilt sofort in Kraft.

Zur selben Zeit stand im selben Lande ein anderer Mann vor dem Richter. Der Mann war sehr reich; er besaß große Fabriken und viel Macht im Wirtschaftsleben des Landes. Er war angeklagt, seinen Einfluß mit Erfolg darauf verwendet zu haben, den Preis lebenswichtiger Waren ohne volkswirtschaftliche Notwendigkeit am Sinken zu verhindern und sogar noch zu steigern, so daß das Vermögen der Bevölkerung geschmälert wurde. Die Anklage lautete auf schweren Diebstahl.

Der Richter war ein kluger Mann und ein gerechter Mann. Ein kluger Mann: denn er kannte das Leben. Und ein gerechter Mann: er schätzte den Buchstaben des Gesetzes gering, hingegen über alles seinen Sinn des Gesetzes und das Menschenrecht. Er prüfte den Fall genau, stellte fest, daß der Mann überreichlich zu essen hatte, und ließ die Wurst dann das Urteil.

Und dieses Urteil lautete: dieser Mann hat die menschliche Gesellschaft schwer bestohlen. Er hat es nicht getan, um sich satteffen zu können, er tat es nicht aus Not. Auch nicht, um seine Fabriken etwa im Interesse des zahlreicher gewordenen Volkes vergrößern zu können; denn dann hätte er das Volk, das die Opfer bringen

müßte, zuerst beitragen müssen. Er hat es getan, um sich zu bereichern und zu unrechtmäßiger Macht zu gelangen. Er hat das Recht von Millionen Menschen auf rechtmäßige Nutzung ihres Arbeitseinkommens eingeschränkt und verletzt. Deshalb wird ihm das Verfügungsrecht über seinen Besitz an Produktionsmitteln entzogen und diese der Gesellschaft zur Nutzung und Kontrolle überantwortet. Das Urteil tritt sofort in Kraft.

Diese Richter sind später die höchsten und angesehensten Justizbeamten ihres Landes geworden. Aber zu der Zeit, da sie so hohe Ämter bekleideten, kamen Diebstähle in diesem Lande überhaupt nicht vor.

Eine Ausstellung amerikanischer Regentanz. Während die Kunst der afrikanischen Regentanz in neuester Zeit vielfach gewürdigt und auch in Ausstellungen öfters vorgeführt worden ist, findet jetzt zum erstenmal eine umfassende Ueberschau über die künstlerischen Leistungen der amerikanischen Regentanz statt. Diese Ausstellung, die von den maßgebenden Körperschaften der Stadt Chicago veranstaltet wird, umfaßt Werke der bildenden Kunst, der Literatur und der Musik und ist von einer „Regentanzwoche“ begleitet, in der durch Vorträge und Vorführungen auf die Bedeutung der Regentanz hingewiesen wird. Eine Abteilung der primitiven Regentanz dient zum Vergleich mit der modernen, in der 11 Regentanz eine große Anzahl von Gemälden zeigen. Auch moderne Kostüme, Holzschmitten, Masken, Zeichnungen und kunstgewerbliche Arbeiten von Regenten sind zu sehen. Die literarische Abteilung bietet einen Uebersicht über die schriftstellerischen Leistungen der amerikanischen Regentanz von dem ersten Gedichtbuch einer Regentanzdichterin, der Dienstmode Phyllis Wheatons, das 1773 in London erschien, bis zu den Büchern des jüngsten Regentanzdichters Langston Hughes. Die musikalische Begabung der Regentanz zeigt sich in ihren eigenartigen Instrumenten und Kompositionen. Auch zahlreiche Regentanzzeitungen und Regentanzschriften sind zusammengebracht.

Der Streit um die Funde von Glozel. Der Streit um die Ausgrabungen von Glozel ist infolge des ablehnenden Berichtes der internationalen Untersuchungskommission erit recht entbrannt. Im Collège de France tritt der Archäologe Professor Loth in Vorkessungen, die bereits zu Kundgebungen von Studenten geführt haben, für die Echtheit der Funde ein, und nimmermehr werden sich auch die Gerichte mit dem Fall beschäftigen. Die Besitzer des Grundstückes, auf dem die Funde gemacht wurden, Großhändler und Entel Fradin, gegen die von verkleideten Seiten der Vorwurf der Fälschung erhoben wurde, sind in Paris eingetroffen, um gegen ihre Angreifer aus Verleumdung zu klagen.

Julius Tod scheidet am Sonntag, dem 15. Januar, 20 Uhr, im Sängersaal des Reichstages, in der von der Volkshäuser veranstalteten Vortragsreihe: Grundthemen des sozialen Dramas über die „Bürgerkomödie“.

Kundschonk. Paul Cassirer rechnet keine von Gogh-Kunstausstellung am Sonntag, dem 15. Januar, vormittags 10 Uhr. Die Ausstellung wird 60 Gemälde des Künstlers aus dem Besitze der Familie van Gogh sowie aus deutschen Privatbesitz umfassen.

Hardys Beisetzung in Westminster. Der verordnete berühmte englische Romanchriftsteller Thomas Hardy wird am Montag feierlich in der Westminsterabtei beigesetzt werden.

„Manon.“

(Städtische Oper.)

Jules Massenet, kein Großer der Musik, hält seinen bleibenden Platz in der neuere Operngeschichte. Jahrzehntelange hat er als fruchtbarer, erfolgreicher Komponist in französischen Operntheater eine herrliche Rolle gespielt und der Kunst, den er auf die Produktion ausgeübt hat, ist über Frankreich hinaus, über Puccini bis in die Anfänge Strawinskys zu verfolgen. Arm großer, doch ein Muster von persönlicher Profil. Alles Stärke, Liebe, Aufwühende ist seinem Wesen fremd, das Unrecht ist es nicht. Er ist Theaterkünstler, Künstler der Oberfläche und der Wirkung; doch nicht der großen Wirkung in dieser „Manon“, die als sein gewiß bestes Werk noch nach vierzig Jahren besteht. Hier ist er ganz der Musiker des „Jein Lons“, er pflegt ihn als Spezialität, mit unfehlbarem Instinkt und geschultem Geschmack (und als sicherer Kömmer, selbstverständlich); kein Wunder, daß er für die „gute Gesellschaft“, für das mondäne Publikum, für die elegante Opernwelt tonangebend werden konnte.

„Manon“ konnte, mußte Massenets bestes, jedenfalls sein persönlichstes Werk werden, dank der Anregung, die er hier aus dem Stoff, dem berühmten Roman des Abbé Prévost empfing. Es gibt ein paar wahrhaft glückliche Eingebungen in dieser Partitur, man glaubt, etwas von der Atmosphäre des Barocke Rokoko darin zu spüren. Womit freilich gesagt ist, daß die Sache uns heute herzlich wenig angeht. So wenig jedenfalls, daß wir nicht viel fragen, ob die Manon der Manon Maria Gounod sich mit dem Bild Massenets (und seiner geschickten Librettisten: Weilliac und Gilfe) durchaus deckt. Denn was sie, die Gelegenheit einer ungewöhnlich durchbaren Rolle nützend, an Menschlichem und Gefanglichem bietet, ist so außerordentlich, daß sehr bereitwilligweise das Berliner Publikum bezauert und hingerissen ist. Hingerissen nicht minder von Karl Maria Dehmann, der, liebender Theatiker Juni Alte lang, mehr verführt als Verführer, verführerisch aussieht und blendend singt. Georg Sebastian tut als Dirigent, was in seinen ungestüm wachsenden Kräften steht. Die Serie, von Franz Ludwig Hörth mit souveräner Sachkenntnis betreut, bietet farbenstille und farbenanbaltliche Verläufe keinen zwingenden Anlaß; aber Emil Prectorius, des Münchener Gaites, lebenswerte Bühnenbilder tragen nicht wenig zum Eindruck der Auführung bei und zu dem großen Erfolge, den die Städtische Oper zu buchen hat. In einem Erfolge freilich, der nicht dazu beiträgt, ihren bisherigen künstlerischen Kurs zu befestigen.

Klaus Bringsheim.

Die Sahara-Eisenbahn wird gebaut. Der Plan, quer durch die Wüste Sahara einen Schienenstrang zu legen, ist nach dreißig Jahren wachsenden Ueberlegungen und Vorarbeiten jetzt der Realisierung nahegerückt, nachdem er die Billigung des französischen Kabinetts gefunden hat. Alle an der Ausführung beteiligten Ministerien haben bereits dem Entwurf zugestimmt. Auch in der laufenden Tagung soll dem französischen Parlament ein Gesetz zur Einberufung eines Ausschusses vorgelegt werden, der die Einzelheiten des Planes beraten soll.

Der Schwindel in den Leunawerken

Von der Direktion bestätigt!

In der großen Betrugsangelegenheit bei den Leunawerken wird die gerichtliche Untersuchung mit allen Mitteln gefördert. Sie richtet sich nicht nur gegen ehemalige Angestellte der Werke, sondern auch gegen eine Reihe von Geschäftleuten, die mit den Leunawerken Verbindungen hatten.

Die Direktion der Leunawerke verbreitet zu der Angelegenheit folgende Erklärung:

„An der Anschuldigung gegen das Mitglied unserer juristischen Abteilung ist kein wahres Wort. Richtig ist, daß Herr Prof. Dr. Oberingenieur Schönberger, der nicht zur Direktion gehört, vor mehreren Wochen getötet hat. Gegen Herrn Schönberger ist in den letzten Tagen von Untersuchungsrichter die Untersuchung auch auf den Fall Schönfeld ausgedehnt worden.“

Dr. Poller soll nun gebeten worden sein, zur Berichterstattung über die Verhörungen Schönbergers zur Generaldirektion nach Ludwigshafen zu kommen. Die Verluste, die den Leunawerken durch die Wucherscheitungen Schönbergers entstanden sind, bleiben, wie die Direktion behauptet, weit hinter den in der Öffentlichkeit verschiedentlich genannten Beträgen zurück und erreichten die Summe von 1 Million Mark nicht, zumal man sich an den Besitzern Schönbergers schadlos halten könne.

Im ganzen also bestätigt die Direktion der Leunawerke die von uns gestern mitgeteilten Betrügereien. Sie bestätigt auch, daß einer ihrer ersten Angestellten in dieser Angelegenheit stark verwickelt ist.

Brüder Sprit-Weber im Streit.

Vor dem Zivilgericht des Landgerichts II fand gestern ein Prozeß statt, der als Auftakt für die am 17. Januar beginnende Berufungsverhandlung im großen Spritweber-

Prozeß zu betrachten ist. Es befehden sich die drei Brüder Spritweber!

Heinrich und Adolf Weber klagten gegen Hermann. Das Finanzamt hatte nach Einleitung des Strafverfahrens die Vermögenswerte aller drei Weber beschlagnahmt, bis das Urteil in der ersten Instanz gesprochen war. Dann verlangte Hermann aber die Herausgabe des beschlagnahmten Gutes und erreichte auch tatsächlich, daß das Landesfinanzamt ihm etwa 4 Millionen zurück erstattete, und zwar neben Wohnhäusern die Werte der von den drei Brüdern aufgezogenen Grundstücks-Aktiengesellschaft. Das Finanzamt gab damals die Werte heraus auf das Versprechen Hermann Webers hin, er werde aus den vier Millionen auch die Ansprüche seiner beiden Brüder befriedigen. In der Tat einigten sich die drei Weber, daß Hermann den beiden andern 300000 Mark auszahlen sollte. Er verpflichtete sich dazu schriftlich, legte aber ausdrücklich fest, daß die Sicherheiten für diesen Betrag und die Auszahlung des Geldes selbst durch die Grundstücks-A. G. erfolgen sollte. Später pochte jedoch Hermann auf seinen Vertrag, nach dem die Grundstücks-Aktiengesellschaft die Auszahlung leisten sollte und erklärte, daß diese nicht in der Lage sei, zu zahlen. Nach heftigen Auseinandersetzungen verklagten Heinrich und Adolf nun Hermann. Da der Vertrag außerordentlich geschickt gemacht war und die Grundstücks-Aktiengesellschaft in der Tat über die Summen zurzeit nicht verfügt, wurde vom Gericht ein Sühneterrain angelegt, in dem die drei Brüder sich in Güte auseinandersetzen sollten. Heinrich und Adolf Weber haben jedoch die Vorfrist beiseite, inzwischen bereits das Landesfinanzamt auf Zahlung der Summen zu verklagen, mit der Motivierung, daß die Abmachung zwischen dem Finanzamt und Hermann Weber ohne ihr Einverständnis und ihre Zustimmung getätigt sei.

Die Beisehung der Explosionsopfer.

Der letzte Weg der Familie Scheithauer.

Auf dem Sophienfriedhof in der Bergstraße fand gestern unter stürkster Beteiligung die Beisehung des bei der Katastrophe in der Landsberger Allee umgekommenen Genossen Gastwirt Scheithauer, seiner Ehefrau und ihres achtjährigen Tochterchens Gerda statt. Die Menschenmenge, die sich eingefunden hatte, zählte nach vielen Tausenden. Die Portierabteilung der Scheithauer angehörte, war neben zahlreichen anderen Verbänden und Vereinigungen vertreten. Auch die Stadt Berlin ließ an den Särgen einen Kranz mit weissen Schleifen niederlegen. Erschütternd war der Anblick des jüngsten Kindes der Familie Scheithauer, das nur durch einen Zufall vom Tode gerettet wurde und so jüngst Eltern und Schwesterchen verloren hatte. Nach einer Rede des Pfarrers Birsch schloffen Orgelklang und Chorgesang die Feier.

Zur gleichen Stunde wurde auf dem St. Georgen-Friedhof in der Landsberger Allee des Ehepaar Kühne mit seinem Sohn, die in dem von dem Unglück betroffenen Hause ein Zigarrengeschäft inne hatten, beigesetzt. Auf dem Friedhof in Friedrichsfelde wurde am Nachmittag Frau Bensch, die ebenfalls den Tod bei dem Unglück fand, beerdigt. Heute mittag findet auf dem St. Georgen-Friedhof in der Landsberger Allee die Beisehung der Eheleute Nenzen mit ihren beiden Kindern statt. Die übrigen Opfer werden Montag nachmittag auf dem Friedhof in Friedrichsfelde beigesetzt.

Das Todesurteil an Böttcher vollstreckt.

Brau und Orzesinski gegen die Hinrichtung.

Heute morgen um 7.40 Uhr ist der zum Tode verurteilte Karl Böttcher auf dem Hof der Strafanstalt Plöschensee durch den zuständigen Scharfrichter hingerichtet worden.

Karl Böttcher war bekanntlich dem Schwurgericht des Landgerichts III am 2. Juli 1927 wegen Mordes in zwei Fällen, begangen am 8. Juli 1925 an der kleinen Senta Eckardt und am 7. Mai 1926 an der Gräfin Lambsdorf zweimal zum Tode verurteilt. Bis zur letzten Stunde haben die Verteidiger Böttchers Rettungsveruche unternommen. Die Anwälte Dr. Brandt und Mendel eruchten um eine hinauszögernde des Verfahrens mit der Begründung, daß Böttcher geisteskrank sei. Die Strafkammer beim Landgericht III tagte gestern bis gegen 9 Uhr abends und kam dann zu einer Verwerfung der Anträge beider Rechtsanwälte, die sich mit dem Beschluß nicht begnügten, sondern sofort als zweite Instanz die zuständige Strafkammer anriefen, die bis gegen Mitternacht tagte. Als auch die Strafkammer alle Anträge ablehnte, wandte sich die Verteidigung an das Kammergericht, das als höchste Instanz hier eine Entscheidung fällen sollte. Es war, da die Hinrichtung auf heute morgen angelegt war, nicht ganz leicht, nach in den späten Nachmittagen den zuständigen Senat des Kammergerichts zusammenzubekommen, da die Mitglieder durchsichtlich aus den Betten geholt werden mußten. Gegen 3 Uhr früh kam der Senat ebenfalls zu der Erkenntnis, daß durchschlagende Gründe für einen Aufschub der Hinrichtung oder für eine Wiederaufnahme des gesamten Verfahrens nicht gegeben seien. Dieses Urteil wurde dann gegen 6 Uhr morgens bekannt und als rechtskräftig erklärt.

Das preussische Staatsministerium hatte von seinem Begnadigungsrecht gegenüber Böttcher keinen Gebrauch gemacht, es hatte auch wegen der Laten nicht, wie das sonst zu geschehen pflegt, das von den Verteidigern eingereichte Begnadigungsgeheuch an den zuständigen Ausschuss des Landtags oder an den Reichspräsidenten gelangt. Hierzu wird bekannt, daß der preussische Ministerpräsident Braun aus seiner grundsätzlichen Auffassung heraus nicht für die Hinrichtung stimmte. Der preussische Innenminister Orzesinski ist bereits seit mehreren Tagen von Berlin abwesend; auch er hätte im Falle der Anwesenheit ebenfalls aus prinzipiellen Gründen der Hinrichtung seine Zustimmung nicht gegeben.

Wiederholt haben wir uns über den Fall Böttcher geäußert und unserer Ansicht Ausdruck gegeben, daß aus prinzipiellen Gründen die Hinrichtung unter keinen Umständen stattfinden dürfte. Diese Stellungnahme hat mit Antipathie oder Sympathie, mit Mitleid oder Abwehr gegenüber Böttcher nicht das geringste zu tun. Hoffentlich ist diese Hinrichtung die letzte gewesen, die im republikanischen Preußen stattgefunden hat.

Hinrichtungen in New York.

New York, 13. Januar.

Im Sing-Sing-Gefängnis ist gestern abend 11 Uhr Frau Ruth Snyder wegen der Ermordung ihres Mannes hingerichtet worden. Nach ihr wurde ihr Mitheifer Gray hingerichtet. Der Mordprozeß hatte in der amerikanischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. — Die Hinrichtung der Frau Ruth Snyder zusammen mit der des Handlungsreisenden Judd Gray machte einen tiefen Eindruck, da seit der Einführung des elektrischen Stuhls im Staate New York gegenüber 270 Männern bisher

nur 2 Frauen hingerichtet worden sind. Seit einem Vierteljahrhundert wurden wegen Mordes verurteilte Frauen stets begnadigt. Die Brutalität und Berochnung dieses Gattenmordes, der nach Lebensversicherungsabzählungen von annähernd 100 000 Dollar begangen wurde, ließ jedoch wenig Sympathien aufkommen. Die Sensationspresse nahm diese Gelegenheit zum Anlaß, um die bevorstehende Hinrichtung einer Frau in allen Einzelheiten auszumalen, wobei auch die Veröffentlichung verweirter Selbstbetrachtungen der verurteilten Frau Snyder eine Rolle spielten, die aus Sing-Sing herausgeschmuggelt sein sollen. Die ersten Blätter nahmen hiergegen energisch Stellung.

Teufel Alkohol.

Nordversuch an der Ehefrau.

Nach einem Mordanschlag auf seine Ehefrau wurde ein 25 Jahre alter Arbeiter Arthur Hein aus der Franz-Körner-Straße 24 zu Briz festgenommen. Hein, der mit seiner 27 Jahre alten Frau Elise noch nicht lange verheiratet ist, kam öfter angetrunken nach Hause, so auch gestern abend wieder.

Darüber kam es zum Streit. Hein griff seine Frau fälschlich an und warf ihr ein Brot ins Gesicht. Als sie sich wehrte, nahm er ein Küchenmesser und drang mit dem Ruler. „Schneide dir den Hals ab!“ auf sie ein. Er brachte ihr auch zwei Schüsse bei, die aber infolge ihrer Abwehr nicht gefährlich wurden. Als die Frau trotzdem zusammenbrach, glaubte er, sie getötet zu haben, er griff die Flucht und fuhr mit einer Kradmaschine nach Berlin hinein. In der Mühlstraße ließ er plötzlich halten. Der Chauffeur, dem seine Aufregung schon aufgefallen war, fragte ihn, was denn vorgekommen sei. Als Hein erwiderte, er habe an seiner Frau eine Brutal begangen, ließ der Chauffeur ihn von einem Schupoamten des 7. Reviers festnehmen. Hein räumte den Anschlag ein und wurde der Kriminalpolizei zugeführt. Die Frau war unterdessen auf der Rettungsstelle verbunden worden und hatte auf dem 218. Revier Anzeige erstattet. Sie konnte nach Hause entlassen werden.

Ueber Balkanpolitik und der Friede Europas spricht auf Veranlassung der paneuropäischen Union Dr. J. R. Klein am Freitag, 20. Uhr, im Bankettsaal des Rheingold (Potsdamer Platz).

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Schweres Explosionsunglück in Japan.

18 Arbeiter getötet.

In Kurume in Japan hat sich nach einer Meldung aus Tokio ein furchtbares Explosionsunglück in einem Fabrikgebäude ereignet. Dabei sind 18 Arbeiter umgekommen und zahlreiche Personen verletzt worden.

Verheerende Flutwelle in Brasilien.

6000 Menschen obdachlos!

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß Araxanah im Staate Minas durch ein riesige Flutwelle vollkommen vernichtet wurde. Das Wasser soll am Donnerstag 10 Meter hoch in den Straßen gestanden haben. Angehört sind durch die Katastrophe 6000 Menschen obdachlos geworden.

Arbeitskämpfe in Amerika.

Polizei schießt auf Demonstranten. — 6 Tote.

Etwa 750 streikende Bergleute in Denver (Kalifornien), darunter zahlreiche Frauen, wählten sich zu Verhandlungen zu dem Amtsgebäude von Walsenburg begeben und eine Absperrung errichteten. Vor dem Gebäude wurden die Demonstranten jedoch von einem Polizeiaufgebot mit Maschinengewehren aufgehalten. Die Polizei feuerte auf die Menge, wobei sechs Personen getötet und vier verwundet wurden. Die Demonstranten zogen sich fluchtartig nach einem Veräumnungsgelöde und in die umliegenden Häuser zurück. Wie behauptet wird, sollen die Streikenden aus den Häusern auf die Polizei geschossen haben. Darauf wurde die ganze Gegend von der Polizei umstellt, die Verstärkungen von außerhalb angefordert hat.

Chamberlins neuer Rekordverdienst.

New York, 13. Januar.

Clarence Chamberlin, der gestern vormittag erneut gestartet ist, um den deutschen Weltrekord im Dauerflug zu brechen, befindet sich heute morgen noch immer in der Luft.

Verständigungsversuche.

Auch in Holland Anwendung von Vernunft.

Ähnlich wie die englischen Arbeitgeber hat jetzt auch der niederländische Arbeitgeberverband an den niederländischen Gewerkschaftsbund ein Schreiben gerichtet und ihn zu einer engeren Zusammenarbeit aufgefordert. Der Vorsitzende und der Schriftführer des niederländischen Gewerkschaftsbundes wurden zu diesem Zweck gleichzeitig zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen, an der auch der römisch-katholische Arbeitgeberverband und der christlich-nationale Gewerkschaftsbund teilnehmen sollen. Der niederländische Gewerkschaftsbund beschloß, dieser Einladung Folge zu leisten. Die erste Sitzung dürfte in der ersten Februarhälfte stattfinden.

Diese Versuche der Unternehmer, mit den Gewerkschaften sich auseinanderzusetzen, führen unwillkürlich zu der Frage: „Wie steht es damit in Deutschland?“

Auch in Deutschland strecken die Unternehmer von Zeit zu Zeit Fühler aus nach einer Wiederherstellung der Zentralarbeitsgemeinschaft. Die Unternehmer denken sich eine solche Zentralarbeitsgemeinschaft so, daß die Gewerkschaften sich den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ nicht verschließen dürfen. Unter dieser Voraussetzung sind auch die Unternehmer bereit, „grundgesetzliche“ Zugeständnisse zu machen, deren praktische Verwirklichung allerdings abhängig gemacht wird von den befragten „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“.

Der Unterschied zwischen der Geistesverfassung der deutschen und der englischen Unternehmer tritt besonders bei den gegenwärtigen Verhandlungen deutlich hervor. In England ist die gegenwärtige Situation in vieler Beziehung vergleichbar mit der in Deutschland um die Jahreswende 1923/24. Damals begann die Rationalisierung, damit die riesige Arbeitslosigkeit und der Lohnsturz. Es fiel den deutschen Unternehmern gar nicht ein, zu den Gewerkschaften zu gehen und — wie das die englischen Unternehmer tun — zu sagen: „Wir müssen rationalisieren. Wir wollen das aber gemeinsam mit der Arbeiterschaft machen. Wir wollen bei der Umstellung auch die Interessen der Arbeiter berücksichtigen und möchten mit euch einen Weg finden, um die Verantwortung und den Anteil der Arbeiter im Produktionsprozeß sicherzustellen.“

Die deutschen Unternehmer hatten nur den einen Gedanken: Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft. Darüber hinaus verlusteten sie, die Rationalisierungsstrife noch auszunutzen zu Lohnrückstufen und — durch Massenauflösungen — zur Ausschaltung der Gewerkschaften.

Wie die deutschen Unternehmer in ihren möglichen Vertretungen reaktionär besessen sind, dafür bietet die Einführung des Dreischichtensystems in der Schwerindustrie ein drastisches Beispiel. Nichts weniger als die Stilllegung der gesamten Industrie des Ruhrgebiets drohen die Unternehmer an, weil einige tausend Schwerarbeiter wieder den Metallindustrie des Ruhrgebiets ließ sich von den Direktoren und Syndik der Schwerindustrie ins Schlepptau nehmen.

Oder sollen wir an die Auslieferung in der Zigarrenindustrie erinnern? Unternehmer, die ihre Arbeiter und Arbeiterinnen bei unmennechtlichen Hungerlöhnen ausbeuten, sperren diese verelendeten Arbeiter aus, weil irgendwo andere Arbeiter Lohnforderungen gestellt hatten.

In England sind die Gewerkschaften infolge der Niederlage im Bergarbeiterstreik in einer gewissen Depression. In Deutschland würden die Unternehmer diese Depression ausnutzen, um möglichst viele soziale Errungenschaften zu beseitigen. Die englischen Unternehmer leben aber voraus, daß nach einer Depression ein Aufstieg zu erfolgen pflegt. Sie legen sich also, daß es klüger ist, jetzt schon durch Konzessionen sich zu verständigen, als durch Kämpfe sich viele Konzessionen abzurufen zu lassen. Die englischen Unternehmer sind Kapitalisten, die auf ihren Profit sehen, genau so wie ihre deutschen Kollegen. Sie haben vor diesen aber die Klugheit voraus, die man im Gebrauch der Demokratie erwirbt.

Der erste Eindruck in London.

London, 13. Januar.

Das Hauptthema der Väter bildet die gestern begonnene Industriefriedenskonferenz zwischen Vertretern der Arbeitgeber und dem Generalkonvent des Gewerkschaftskongresses. Die Väter äußern sich optimistisch. Sie heben hervor, daß die gestern anwesenden Unternehmer ein Kapital von einer Milliarde Pfund vertreten, während die beteiligten Gewerkschaftsführer 4 300 000 Arbeiter hinter sich haben. Der Vorsitzende Sir Alfred Mond schloß in seiner Eröffnungsrede die gemeinsame Erörterung neuer industrieller Methoden und industriellen Zusammenstufes vor sowie die Erörterung des Problems der Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch neue Erfindungen, der Pensionen, der Wohnungsfrage, Wohlfahrt und der Arbeitslosenversicherung, der industriellen Erziehung und der Vermeidung von Unfällen. Zur Prüfung dieser Fragen wurde ein Ausschuss von Unternehmern ernannt; die Gewerkschaftsführer erklärten sich bereit, einen ähnlichen Ausschuss zu ernennen.

Verhandlungen für die Behördenangestellten.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Angestelltenengewerkschaften und dem Reichsfinanzministerium bezüglich der Angleichung der Bezüge der Behördenangestellten an die Reichsbesoldungsordnung haben bekanntlich zu keiner Einigung geführt, so daß in ein Schlichtungsverfahren eingetreten werden mußte. Es ist nunmehr vom Reichsarbeitsminister Prof. Dr. v. Möllendorff als Schlichter bestellt worden, der mehrere Jahre Leiter des Paritätischen Ausschusses gewesen ist. Die Schlichtungsverhandlungen werden jedoch nicht vor Anfang Februar beginnen, da Dr. v. Möllendorff sich zurzeit in Genf befindet.

Jubilarsfeier der Handelsarbeiter.

Die Sektion I des Deutschen Verkehrsverbundes (Handelsarbeiter) veranstaltete am Sonntag im Saalbau Friedrichshain zu Ehren ihrer Jubilare eine Feier, die einen sehr guten Verlauf nahm. Außer den 110 Mitgliedern, die bis Ende 1927 auf eine 25jährige Organisationszugehörigkeit zurückblicken konnten, waren von den 354 älteren Jubilaren auch fast alle mit ihren Angehörigen und Bekannten erschienen. Mit einem so starken Besuch hatte anscheinend auch die Sektionsleitung nicht gerechnet, so daß teilweise in den gesamten Räumen eine beengende Fülle herrschte. Trotzdem verlief die Veranstaltung aber in vollster Harmonie. Ein reichhaltiges und abwechslungsreiches Programm, das von ersten Kräften Berliner Varietés und Theater bestritten wurde, sorgte für eine angenehme Unterhaltung der Festteilnehmer und ließ keine Langeweile aufkommen.

Nach einem Orgelportrat sowie einigen Gesangsdarbietungen des bekannten Ebert-Mann-Quartetts sprach der Bewohnungsmächtige Genosse Ortman den Jubilaren im Auftrag der Organisation den Dank aus für ihre ausdauernde Arbeit. Die sie im Interesse der Organisation in guten und schlechten Zeiten geleistet

haben und durch die die Organisation mit auf die ansehnliche Stärke von 60.000 Mitgliedern am Jahresabschluss 1927 gekommen ist.

Mit einigen kurzen Worten dankte Genosse Lange für die anerkennenden Worte und ver sprach im Namen der Jubilar, daß diese weiter an dem Gebäude der Organisation bauen werden. Eine Verlesung von Gedächtnisreden, Büchern usw. beschloß den fünf stündigen Teil des Abends, wonach die Erschienenen noch einige Stunden gemütlich beisammen blieben.

Lohnfrei im mitteldeutschen Straßenbaugewerbe.

Der Arbeitgeberverband für das mitteldeutsche Stein- und Straßenbaugewerbe hat sich, da die Verhandlungen im mitteldeutschen Vertragsgebiet des deutschen Straßenbaugewerbes über die Lohnhöhe im Baujahr 1928 zu keiner Einigung geführt haben,

um die Verkehrlöcher, die ein Wirtschaftskampf im Straßenbaugewerbe mit sich bringen würde, rechtzeitig auszufüllen, an den Reichsarbeitsminister mit der Bitte um beschleunigtes Eingreifen gewandt.

Wacht! Löcher! Die Zentralprüfungscommission hat in der Sitzung am 11. d. Mts. entschieden, daß der Sockel nach dem Unterbau zu berechnen ist. Bis zum 11. Januar ist der Sockel nach der Unterfante zu bezahlen. Die durch die Bodenwärmerung fortfallenden Teile dürfen nicht in Abzug gebracht werden.

Näheres in der Funktionär- und Bauvertrauensmännerversammlung am 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei Wolfshäger, Adolbertstr. 21, unterer Saal. Kein Funktionär darf fehlen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind.

Deutscher Bauergewerksbund. Die Fachgruppenleitung

Freie Sozialistische Hochschule. Morgen, Sonnabend abend, 7 1/2 Uhr, spricht im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Genosse Franz Furtwängler über „Indien und der englische Imperialismus“. Genosse Furtwängler war von Oktober 1926 bis März 1927 mit einer internationalen Textilarbeiterdelegation in Indien, wo er fast in allen bedeutenden Industriestädten die Lage der indischen Arbeiterschaft studiert hat. Sein Vortrag wird nicht nur vom politischen, sondern auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt viel Aufschlußreiches enthalten. (Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. an der Abendkasse.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geeser, Reichsamt für Volkswohlfahrt, Berlin. Druck: Verlags- und Vertriebsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage

Am 9. Januar verstarb nach überstandener schweren Krankheitslager völlig unerwartet unser langjähriges, treues Vorstands- und Ausschussmitglied

Max Hänsel

Die Kasse verliert in ihm einen Mann von wirklich aufrechtem Charakter, der als der Vertreter der Versicherten stets nur auf deren Wohl bedacht war und sein Amt in treuester Pflichterfüllung versah.

Dem Verstorbenen werden immer ein ehrendes Andenken bewahrt.

Vorstand, Ausschuss und Angestellte der Ortskrankenkasse der Stein drucker und Lithographen

Verkehrslokal

der Partei und Gewerkschaften von Weißensee

Otto Gallas

Bln. Weißensee, Lederstraße, Eck, Grellswalder Str.



Hermann Lorenz

Invaldenstraße 161

Kaffee :: Tee :: Kakao

Eigene Röstererei seit 1879

Englischer Hof

Alexanderstraße 27 b am Alexanderplatz

Täglich eleg. Rundtanz

bis 3 Uhr nachts (183)

Stimmungsvoller Betrieb

70 Tischtelefone — 2 Kapellen

Trauringe

nach Gewicht

333 gr G. Gramm 1,60
388 gr G. Gramm 2,60
400 gr G. Gramm 3,93 bel

MAX MÜLLER

112 nur Münzstraße 8.

Rosenthaler Hof

Rosenthaler Str. 11-12

3 Säle, 6 Vereinszimmer

zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Leihhaus

Hans Kleckbusch (G.F.)

höchste Beleihung jeder Wertsache

Danziger Str. 2 an der Schönhauser Allee

Hotel Deutscher Hof

Berlin S 42, Luckauer Str. 15

(Telephon: Moritzplatz 9371)

7 Festsäle

von 30-1000 Personen zu kulantesten Bedingungen

Hotelzimmer

von 3,50 M. an. — Fließendes Wasser.

Restaurant.

PEEK & CLOPPENBURG

BERLIN C 19 • GERTRAUDIEN-STRASSE 25-27 • ROSS-STR. 1-4

Inventur-Verkauf

In allen Abteilungen vorteilhafte Preise

Besondere Preisermäßigung für Damenmäntel und Kostüme besserer Art

Vom 2. — 14. Jan.

C. G. Bruchmüller

Berlin NO, Große Frankfurter Straße 100
Pankow, Breite Straße 4a

Kaffee, täglich frisch geröstet:

No. 1 extrafein, Pfd. 4.—, No. 2 sehr fein, Pfd. 3.60
No. 3 feine Art, Pfd. 3.20, No. 4 wohl schmeckend, Pfd. 2.80
No. 5 gut u. rein, Pfd. 2.40, No. 6 rein schmeckend, Pfd. 2.—
Spezial-Mischung, m. 50% guten Bohnenkaffee, Pfd. 1.60

Kakao, meine 4 beliebten Marken

in 1/2 Pfd., 1/4 Pfd. u. 1 Pfd. Packung, Pfd. 2.20, 1.70, 1.20
Bruchmüller Frühstücks-Kakao, holländ., Pfd. 95 Pf.

Tee, beliebte Ceylon, China u. russische Mischungen

Ceylon-Tee I, kräftig und fein, 1/2 Pfd. 80 Pf.
China-Tee I, lieblich und fein, 1/2 Pfd. 68 Pf.
China-Tee, feine Mischung, 1/2 Pfd. 55 Pf.

Lieferung frei Haus! Preisliste auf Wunsch!

Großdestillation

(EMIL GRÜNDLING)

1. Brückenstr. 8 2. Spittelmarkt 3. Friedrichstr. 181a
Jannowitzbrücke Ecke Seydelstraße Ecke Karlstraße

Auguststr. 24-25
18-20/21 der Kleinen Hamburger Straße

Clärchens Witwenball

Jeden Dienstag, Donnerstag, Freitag, Sonnabend,
Sonntag mit kolossalem Stimmungsbetrieb

PALAIS DES ZENTRUMS

Berlin C., Rosenthaler Straße 36

Täglich außer Montags Altdeutscher Ball

Stimmung und Humor ohne Ende

Diese Anzeige berechtigt zum freien Eintritt außer Sonntags.

Wäsche nach Gewicht

Dampfwäscherei Merkur, Berlin O 112
Frankfurter Allee 307 Fernspr.: Andreas 2520

Spezialität: Arbeiter-Berufskleidung

Inh. Aug. Bachmann Mitgl. d. SPD.

HEINRICH SCHMITZ

Restaurant zum Dortmunder

Schmitz Industrie-Kasino

Kommandantenstraße 72

PROGRAMM

für die Zeit vom 13. bis 16. Januar 1928

KINO-TAFEL

PROGRAMM

für die Zeit vom 13. bis 16. Januar 1928

BTL

Potsdamer Straße 38

Die Jugend der Königin Luise mit Mady Christians

Für Jugendliche

Rheinstraße 14

Die Galgenhochzeit mit Joho Gilbert

Dazu: Nur zur Probe

Odeon, Potsdamer Str. 75

Der Bettelstudent mit Harry Liedtke, Maria Paudler

Für Jugendliche

Turmstraße 12

Die Jugend der Königin Luise mit Mady Christians

Für Jugendliche

Alexanderstraße 39-40 (Passage)

Die Jugend der Königin Luise mit Mady Christians

Für Jugendliche

Südwesten

Passage-Lichtspiele

Neukölln, Bergstraße 181-182

Tom Mix in: Die Panzerpost

Auf der Bühne: So gefällt mir die Welt!

Film-Palast Kammersäle

Teltower Straße 1-4

Der Bettelstudent mit Harry Liedtke und das große Beiprogramm

Nordwesten

Welt-Kino

Alt-Moabit 99

Der Gaucho mit Douglas Fairbanks

Ferner: Teddy als Auskletterer und Endspurt der Liebe

Osten

Concordia-Palast

Andreasstraße 64

Der Gaucho mit Douglas Fairbanks

Große Bühnenschauspiel

Viktoria-Lichtbild-Th.

Frankfurter Allee 48

Emil Jannings in: Der Weg allen Fleisches

Ferner: Bühnenschauspiel

Schwarzer Adler

Frankfurter Allee 99

Emil Jannings in: Der Weg allen Fleisches

Ferner: Bühnenschauspiel

Kristall-Palast

Prinzenallee 1-4

Der Weg allen Fleisches

Marienbad-Palast

Badstraße 35-36

Ein 7 Schläger-Programm: Wenn Menschen reif zur Liebe werden

Die Kluge und ihr Kavaller

Prinzen-Palast

Prinzenallee 42-43

Dr. Bessels Verwandlung

Humboldt-Theater

Badstraße 19

Sieh ich in finsterner Mitternacht

Casino-Lichtspiele

Brunnstr. 134

Mady Christians in: Die Jugend der Königin Luise

Dazu die auserwählte Bühnenschauspiel

Senefelder Lichtspiele

am Senefelder Platz, Ecke Metzger Straße

Die Frau, die nicht nein sagen kann, mit Lee Parry

Dazu: Menschenschmuggel

Tivoli-Lichtspiel-Th.

Berliner Straße 27

Film: Das Geheimnis von Genf (Der gestohlene Geheimvertrag)

Bühne: Kinder der Liebe, Singpiel in 1 Akt

Palast-Theater

Breite Straße 21a

Mady Christians in: Die Jugend der Königin Luise

Eßt Rudolph-Würstchen

Fabrik: Berlin-Weißensee

Langhansstraße 88

Telephon: Weißensee 104

Krause-Pianos zur Miete

W56, Ansbacherstr. 1

Frisch geschichtete junge, prachtvolle

Puten 1.20

frisch geschichtete rare Gänse 1.20 einzlg. Geschmack

Nur ein Preis!

Wagner, Berlin 50 Mariannenstraße 34

Speisezimmer

jetzt auch auf Teilzahlung bis zu 24 Monatsraten!

Gegr. 1862 **NOLTE** Gegr. 1862

Werkstätten für Wohnungseinrichtungen

Berlin N 58, Schönhauser Allee 141a

Hochbahnhof Danziger Straße

Herren - Maß - Schneiderei

„ALEXEC“

Conforditz, S. H. Gg., Gdr Königl. Gefällige Stoffe. Solide Preise.

Ratenzahlung ohne Preiszuschlag.

Rind- u. Schweine-Schlächtere

Max Jobski

Putbusser Straße 6

Qualitätsware / Billigste Preise

Auf Teilzahlung

Herren-, Damen-Garderobe

Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider

Wäsche Maschinen

Verlangen Sie Sonder-Angebot

MÖBEL

bis 15 Monatsraten

Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer

Küchen, Einzelmöbel, Federbetten

Antel Gr. Frankfurter Str. 34 (Strausberger Platz).

Wäsche Rollen

Auch bis zu 18 Monatsraten

Zuverlässige billige und gute Stiefel

gibt es bei **H. Bähr**

Berlin, Spittelmarkt 7

Raddatz & Co.

Berlin, Leipziger Str. 123-125

Technik

Aus dem Reich der Radiowellen.

Der „Vortwärts“ berichtet über die Eröffnung des neuen „Deutschlandsenders“ bei Jeesen, der so weit vollendet ist, daß er probeweise in Betrieb genommen werden konnte. Wenn man die Leistung dieses Senders nach internationalem Brauch nach der aufgenommenen Hörfeldleistung in der letzten Stufe misst, so ist die Anlage als 75-Kilowatt-Sender zu bezeichnen. Das Wochengebiet der Station sind zwei isolierte Eisenmasten von je 210 Metern Höhe, die in einem Abstand von 450 Metern voneinander aufgestellt sind. Diese Masten tragen die etwa 280 Meter lange Antenne. Sie besteht aus fünf Drähten, die in einer Breite von 12 Meter verspannt sind. (Fig. 1) Die wirksame Höhe dieser Antenne beträgt etwa 170 Meter, ihre Eigenwelle bei einer Antennenkapazität von 4000 Kubikmeter etwa 2100 Meter. Als „Erde“ (Fig. 2) wurde ein strahlenförmig verlaufendes Netz aus Stangeindrähten verlegt, die, wie die Abbildung zeigt, durch zwei Ringleitungen miteinander verbunden wurden.

Die technische Einrichtung

besteht aus sieben Hauptteilen. Der zum Betrieb nötige Strom wird vom örtlichen Elektrizitätswerk geliefert. Er fließt über eine Umformerstation, die seine hohe Spannung auf etwa 6000 Volt mindert, in die Starkstrom-Schalt- und Verteilungsanlage. Hier finden sich Schaltorgane, Trennschalter und Leistungsschalter, ferner Transformatoren, Campospulen usw. Alle diese Schalter werden vom Senderaum aus automatisch bedient. In der Hochspannungsteilwerkstation wird der gelieferte Betriebsstrom gleichsam in einzelne Portionen eingeteilt, die nun an die verschiedenen Verbrauchskategorien gelangen. In der Hochspannungsgleichrichteranlage wird der 6000-Volt-Drehstrom in einem Betriebsstromtransformator auf 11 000 Volt pro Phase herauftransformiert. Die Sekundärwicklung dieses Transformators ist mit 12 wassergefüllten Gleichrichterströmen verbunden, denen der Hochstrom über einen besonderen Transformator zugeführt wird. In der Umformeranlage wird nun der Strom seinem endlichen Verwendungszweck entsprechend bearbeitet. Fünf Gruppen von Umformern sind hier aufgestellt. Sie liefern den Strom für die Ladung der Batterien für Rotbeleuchtung, zur Heizung der Röhren der Sendeanlage sowie der Batterien für sonstige Zwecke. Sie liefern weiter den Strom für die Mittelspannung und Niederspannung.

Der Sender

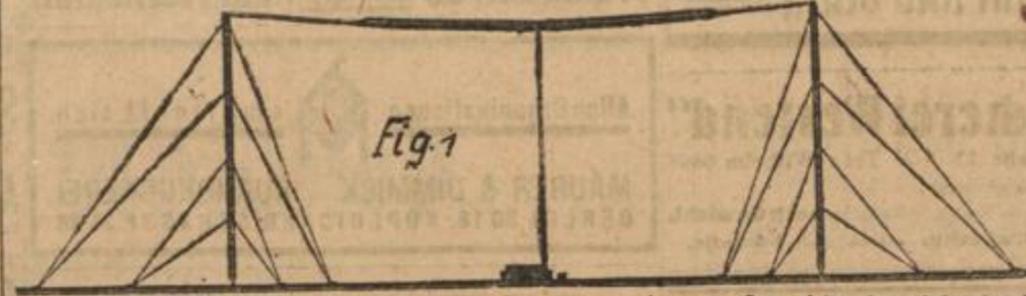
besteht aus einem fremd-energierten Telefunken-Röhrensender. (Fig. 2) Er hat drei Hochfrequenzstufen. Die erste, der Steuerender liefert ungedämpfte Schwingungen, die von der zweiten Stufe verstärkt und gleichmäßig moduliert (mit Sprachschwingungen überlagert) werden. In der dritten Stufe erfolgt dann die Verstärkung auf die geforderte Höchstleistung. Die drei Hochfrequenzstufen werden aus der Gleichrichteranlage mit einem Strom von 10 000 bis 12 000 Volt betrieben. Dadurch wurde ein sehr überhöhter Aufbau der Senderstufen erreicht. In dem beigezeichneten Schaltungsschema liegt die erste Sendestufe links. Sie besteht aus dem Zwischenkreisvariometer (oberhalb der Röhre), dem Gitterkoppelungs- und Transformator, dem Zwischenkreisvariometer und zwei 1-kW-Röhren (im Schaltungsschema ist nur eine gezeichnet). Die zweite Stufe besteht ebenfalls aus einem Variometer, einer Zwischenkreisvariometer, dem Zwischenkreisvariometer und einer 10-kW-Röhre (im Schaltungsschema die zweite Röhre von links). Die beiden 1-kW-Röhren und die 10-kW-Röhre werden gemeinsam von zwei Heizumformern geteilt, die Gleichstrom von 40 Volt bei einer Leistung von 5 kW liefern. Da der Strom für die 1-kW-Röhren zu stark ist, wurde für sie ein Vordröhrenwiderstand eingebaut. Die Modulation, d. h. die Überlagerung der Hochfrequenzschwingungen mit Sprachschwingungen, erfolgt durch eine Modulationseinrichtung. Sie besteht im wesentlichen aus drei parallel geschalteten Röhren, während eine vierte zur Gleichrichtung des aus dem Steuerender entnommenen Hochfrequenzstromes dient. Nach der Gleichrichtung wird dieser Strom als Mittelspannung für die drei Modulationsröhren benutzt. Unter Zwischenhaltung eines Transformators werden diese Röhren aus dem 380-Volt-Drehstrom gespeist. Die dritte Sendestufe ist durch die sechs großen 20-kW-Röhren gekennzeichnet, über denen das Zwischenkreisvariometer, die Zwischenkreisvariometer und die dazu gehörenden Kondensatoren angeordnet sind. Auch diese Röhren werden aus dem 380-Volt-Drehstrom gespeist. Jede Röhre benötigt 25 Volt bei 50 Ampere, so daß der gesamte Heizstromverbrauch 10 500 Watt beträgt. Sekundär- und Antennenkreis vervollständigen die Schaltung. Der Sender wird von Berlin aus über Königswusterhausen betrieben. Zur direkten Besprechung ist auch noch ein kleiner Raum mit den nötigen Mikrophonen vorgesehen.

Das Gehirn der ganzen Anlage

aber ist der Hauptschaltapparat, in dem alle Schaltelemente, alle Fäden der Funkstation vereinigt sind. Von hier aus ist es möglich, den Sender durch Betätigen eines einzigen Knopfes in Betrieb zu setzen. Man kann aber auch jede Maschine, jede Senderstufe usw. einzeln beeinflussen. Gerade hier erkennt der Besucher, wie feinsüßig diese Anlage ist. Eine Anzahl Signallampen, die mit den einzelnen Teilen der Funkstation in Verbindung stehen, lassen das Arbeiten der vielen Konstruktionsglieder erkennen. In einem Nebengebäude wurde die Anlage zur Kühlung des Kühlwassers für die Röhren der zweiten und dritten Sendestufe und der Gleichrichteranlage eingebaut. Eine kleine Pumpe läßt das Wasser ständig kreisen. Da Oberflächentüftung zur Anwendung kam, konnte man mit einem kleinen Vorrat von Regen-

wasser, das auf dem Dache des Gebäudes aufgefangen wird, auskommen. In Nebeneinrichtungen sind die Beleuchtungsanlage, Warmwasser-Heizeinrichtung, elektrische Heizanlage, Signal-einrichtungen und endlich die Reparaturwerkstatt zu nennen.

Deutschlands neueste Funkstation dürfte für die zukünftigen Sendeanlagen als Musterbeispiel gelten. Das ganze Rüstzeug der modernen Elektrotechnik ist bei ihrem Ausbau zur Anwendung gekommen. Ein technisches Meisterwerk wurde hier vollendet. B. R.



Allherrschaft der Schwingungen.

Die Funktechnik hat dazu beigetragen, unsere Vorstellungswelt umzuformen. Bis auf die alltäglichen Dinge erstreckt sich diese Wandlung. Wir sprechen vom Kreislauf des Jahres. Unwillkürlich schneidet man den tatsächlich endlosen Lauf der Zeit in Gedanken etzwei. Man erhält so anstatt des Unendlichen eine ständig wachsende Menge endlicher Einheiten, Größen, die in sich geschlossen erscheinen, wie ein Kreis. Diese Vorstellung müssen wir heute im Zeitalter der Schwingungstechnik gründlich revidieren. Der Ablauf der Jahreszeiten ist als ein Schwingungsvorgang aufzufassen, bei dem in unseren Breiten der tiefste Punkt der Kurve im Winter, der

in der Geschichte der Physik unsterblich geworden durch die „Undulations-theorie“ des Lichts, durch die von ihm ausgehende Vermutung, daß das Licht eine Wellenbewegung sei. Diese Theorie gilt bis zum heutigen Tage. Spätere Forschungen bestätigen sie. Man maß die Geschwindigkeit des Lichts und erkannte sie zu dreihunderttausend Kilometern in der Sekunde. Damit aber war bereits die Schwester der elektromagnetischen Schwingung entdeckt, die mit der gleichen Schnelligkeit den Raum durchschwingt. So war im Laufe der Jahr-

tausende endlich Akustik, Mechanik und Optik von der Schwingungslehre erfaßt. Heute können wir fast überaus das gesamte Gebiet der Schwingungen überblicken. Die kleinsten Schwingungen, die wir kennen, sind die Gamma-Strahlen, dann folgen die Röntgenstrahlen mit einer Wellenlänge von 0,000 000 001 bis 0,000 000 005 Milli-

meter. Dann folgt ein unbekanntes Strahlengebiet, bis wir bei einer Wellenlänge von 0,0001 Millimeter das Gebiet der ultravioletten Strahlen, das nur drei Tausendstel Millimeter weit reicht und dann von den Strahlen des sichtbaren Spektrums abgelöst wird. Bei 0,0008 Millimeter beginnt das Gebiet der Wärmestrahlen, das erst bei 0,06 Millimeter sein Ende findet. Weiter folgt ein unbekanntes Gebiet, das erst wieder bei Wellenlängen von drei Millimeter bekannten Schwingungen, den Herschelschen Wellen, weicht. Damit sind wir bereits in das weite Gebiet der elektromagnetischen Wellen gelangt, das heute praktisch etwa bei einer Wellenlänge von 25 Kilometer seine Begrenzung findet. Darüber hinaus liegt dann das Gebiet der Schallschwingungen und all der anderen Schwingungsvorgänge, denen wir in der Praxis begegnen.

Interessant ist nun die Tatsache, daß die Technik erst auf dem Umweg über das Funkwesen zur Beherrschung der mechanischen Schwingungen gelangt. Wenn man von der Pendeluhr und einigen Hippoapparaten, die schon im Altertum verwendet wurden, ab- sieht, hat man von dem Auftreten mechanischer Schwingungen in der Technik bis vor kurzem kaum Gebrauch gemacht. Bei fast allen Maschinen empfand man die auftretenden Schwingungen, die in der Form von Erschütterungen äußerten und sich bis zu Zerstörungen steigern konnten, als eine höchst unliebsame Erscheinung. In enger Anlehnung an die Hochfrequenztechnik ist erst in den letzten Jahren ein System der mechanischen Schwingungslehre entstanden, das das Ziel verfolgt, zu einer absoluten Beherrschung der in Maschinen auftretenden Schwingungen zu gelangen, so daß diese nicht mehr stören, sondern im Gegenteil fördernd wirken können. Es handelt sich hier noch um Neuland, trotzdem schon ein umfangreiches Untersuchungsmaterial vorliegt. Da gibt es Untersuchungen über den Massenübergang von Schiffmaschinen, über Verbrennungsschwingungen von langsam Wellen, Schüttelschwingungen bei elektrischen Lokomotiven, über Schwingungen bei Dampfmaschinenrädern und Schaufeln, über Schwingungen von Fundamenten. Darüber hinaus versucht man, Maschinen zu bauen, bei denen mechanische Schwingungen nützliche Arbeit zu leisten vermögen. Es kommt bei diesen Arbeiten darauf an, die Eigenschwingungen gegebener mechanischer Systeme zu berechnen, etwa so, wie man die Schwingungszahlen elektrischer Systeme, z. B. einer Antenne usw. kennt.

Welche Wichtigkeit diesem weiten Gebiete beigemessen wird, zeigt die Tatsache, daß beim Verein der deutschen Ingenieure seit dem Jahre 1924 ein Ausschuss für mechanische Schwingungen besteht, der auch bereits auf dem Gebiete der Festigkeitssprüngen, der Raumluft und der Rechenluft Erfolge zu verzeichnen hat. So spezifiziert unsere wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten auch sind, so zeigt der Zusammenhang zwischen allen Gebieten und nicht zuletzt die Wechselwirkung von Rechenluft und Mechanik, wie nötig es ist, den Blick über die engen Grenzen des eigenen Arbeitsgebietes zu erheben. Keine Arbeit, und möge sie noch so bedeutend sein, steht für sich in einsamer Größe. Nur im Zusammenhang mit der Gesamtheit menschlichen Schaffens erhält sie ihren höchsten Wert.

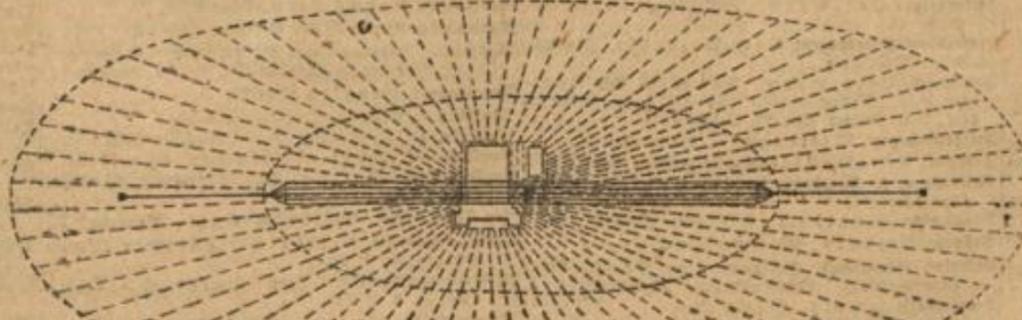
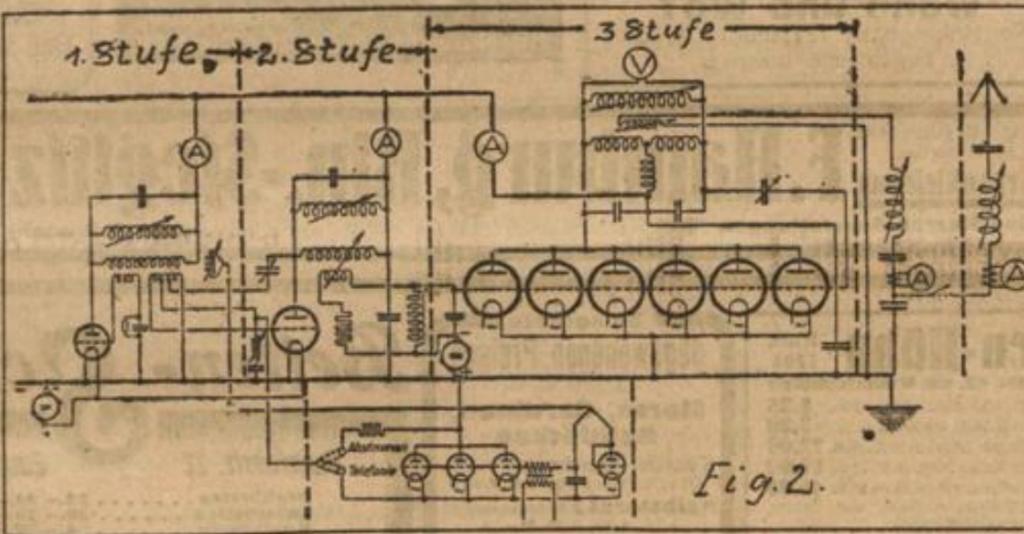
Neue Bücher.

D. Bardi: Gemeinverständlich Darstellung der gesamten Schweißtechnik. V.D.S.-Verlag G. m. b. H., Berlin NW. 7. Preis geb. 12,50 Mark.

Schweißen ist heute zu einem Handwerk, zu einer Kunst geworden, die große Kenntnisse bei der sachgemäßen Ausführung der Arbeiten verlangt. Die Schweißerei ist lange Zeit als etwas Neben-sächliches behandelt worden, als etwas, das man nebenbei erlernen kann. Inzwischen aber ist die Entwicklung der Schweißtechnik und die Vergrößerung ihrer Anwendungsgebiete, derartig fortgeschritten, daß nunmehr auch die Hochschulen beginnen, dieses Arbeitsgebiet unter ihre Lehrfächer aufzunehmen und daß man in der Industrie Lehrlinge regelrecht als Schweißer ausbildet. Ein Buch, das die neuzeitlichen Schweißverfahren in allgemeinverständlich, übersichtlicher Form darstellt, ist daher sehr zu begrüßen. Die Arbeit von Bardi vermittelt zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Schweißtechnik und gibt dann eingehend Auskunft über alle Schweißverfahren. Es erörtert die Eigenschaften der Metalle, der Gase, des elektrischen Stromes, der Aluminiumthermie. Es behandelt weiter die Ausbildung der Schweißer und widmet ein lehrreiches Kapitel der Unfallverhütung auf diesem Arbeitsgebiet. Gute Abbildungen unterstützen den guten Inhalt.

Conrad Maschke: Beiträge zur Geschichte der Technik, 17. Band, Jahrgang 1927. V.D.S.-Verlag, Berlin NW. 7.

Für jeden, der sich mit der Geschichte der Technik befaßt, bringen diese Jahressbände, die der Geschäftsführer des Vereins der Deutschen Ingenieure, Professor Maschke, herausgibt, wertvolle, sachgemäß bearbeitete Beiträge. Gerade sie zeigen, wie unendlich schwer die Aufgabe ist, eine brauchbare, einwandfreie Geschichte der Technik zu verfassen. Sie zeigen, daß das nicht die Arbeit eines einzelnen sein kann, sondern daß nur Gemeinschaftsarbeit archaischen Stiles dieses Werk begreifen und weiterführen, aber niemals vollenden kann.



uhr. Das von einer Feder angetriebene Pendel schwingt praktisch ungedämpft. Die stets gleichen Pendelschläge wurden frühzeitig zu astronomischen Messungen verwandt. Der arabische Astronom Ibn Yunis ist wohl der erste gewesen, der sich dieses wunderbaren Gerätes bei seinen Arbeiten bediente. Unsere Pendeluhren aber schuf erst Galilei, die Entdeckung der Pendeluhr aber ist das Verdienst eines ausgezeichneten Schwungradbauers, des holländers Christian Huygens (1629-1695). Von ihm besitzen wir ein Werk über die Pendeluhr, in dem wichtige Erkenntnisse der Mathematik und der Mechanik niedergelegt sind, Huygens aber 4

